

Sozialkontrolle und Bekämpfung von politischem Extremismus: Was halten Schweizerinnen und Schweizer davon?

Silvia STAUBLI¹

Universität Freiburg i.Ü.

Abstract

In den letzten Jahren wurde viel in die Erforschung von Radikalisierung und in Massnahmen zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus investiert. Dies geht einher mit einer zunehmenden Sozialkontrolle, welche sich unter anderem in Gesetzesverschärfungen äussert. Was aber die Schweizer Bevölkerung von solchen Massnahmen hält, wurde bis anhin nur rudimentär erforscht. Relativ unklar bleibt, wie Einstellungen zur Bekämpfung von Extremismus erklärt werden können. Dieser Artikel schliesst diese Lücke, indem er der Frage nachgeht, ob die Zustimmung zu einer vermehrten Sozialkontrolle die Befürwortung einer stärkeren Bekämpfung von Rechts- und Linksextremismus in der Schweiz beeinflusst. Er knüpft hierbei an Forschung zu Sozialkontrolle und Extremismus an und stützt sich auf Daten der Studie Sicherheit 2016.

Schlüsselwörter: Sozialkontrolle, politische Einstellung, Linksextremismus, Rechts-extremismus, Schweiz

Einleitung

Extremismus und Terrorismus gehören spätestens seit den Anschlägen vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York zur regelmässigen medialen Berichterstattung. Seit der Häufung von terroristischen Attentaten in Europa stehen die Bekämpfung und Prävention von Radikalisierung und Extremismus weit oben auf der politischen Agenda. Der Grat zwischen den verschiedenen Abstufungen und Ausprägungen von Extremismus ist hierbei schmal und wird häufig übersehen. Ein wichtiger Aspekt von Extremismus ist eine anti-demokratische Haltung, eine Ablehnung der Gesetzgebung und der universellen Menschenrechte (Bötticher 2017). Diese ablehnende Haltung führt schliesslich zu Interventionen und

¹ Dr. Silvia Staubli ist Doktorassistentin im Bereich Soziologie, Sozialarbeit, Sozialpolitik, Departement für Sozialarbeit, Sozialpolitik und globale Entwicklung: silvia.staubli@unifr.ch.



Aktionen gegen die bestehende Ordnung (Bötticher 2017).² Von zwei Polen ausgehend, können Links- und Rechtsextremismus als die äusserste linke bzw. rechte Seite der politischen Skala betrachtet werden. Sie stehen also immer in einem Spannungsverhältnis zu etwas und nie für sich alleine, wobei die Deutung dieses „Anderen“ je nach historischem Kontext unterschiedlich ausfällt. Linksextremistische Gruppierungen streben nach der Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und lehnen hierbei rechtsstaatliche Prinzipien, bzw. deren Normen und Regeln, ab. Weiter wird eine von sozialer Gleichheit geprägte Gesellschaftsordnung gefordert (Pfahl-Traugher 2014:23). Im Unterschied dazu verneint der Rechtsextremismus die politische Gleichheit der Menschen – ein zentrales demokratisches Prinzip – und strebt die Überlegenheit einer Ethnie an (Jesse 2001).³

Im Zuge der Wahrnehmung von extremistischer Bedrohung finden Gesetzesverschärfungen und damit einhergehend Einschränkungen der Freiheitsrechte vermehrt Zustimmung. Dies hat sich zum Beispiel an der deutlichen Annahme des Nachrichtendienstgesetzes in der Schweizer Volksabstimmung vom 25. September 2016 gezeigt, welches neue Möglichkeiten in der präventiven Überwachung bietet (Gerny 2016). In diesem Zusammenhang wird von einer zunehmenden Sozialkontrolle gesprochen. Sozialkontrolle umfasst die Reaktion einer Gesellschaft auf abweichendes oder kriminelles Verhalten. Informelle Sozialkontrolle bezeichnet die Reaktion durch den sozialen Nahraum wie Freunde und Familie auf abweichendes Verhalten. Das Strafrecht und die Strafverfolgung hingegen markieren als formale Sozialkontrolle die Reaktion auf Gesetzesübertretungen. Je nach Definition werden hier aber auch Präventionsprogramme, Überwachungsmassnahmen oder sozio-strukturelle Ein- und Ausgrenzungsmechanismen dazugezählt (Kunz/Singelstein 2016).

Ein solcher Wandel hin zu mehr Sozialkontrolle kann an gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformationsprozessen festgemacht werden, welche in den 1980er Jahren in den USA ihren Anfang nahmen. Vorstellungen der Mitschuld der Gesellschaft an Kriminalität wurden abgelöst von Überzeugungen, dass der Täter oder die Täterin selber die alleinige Verantwortung einer kriminellen Tat und somit auch die Konsequenzen zu tragen habe. Damit einhergehend traten Konzepte wie Rehabilitation und Wiedereingliederung in den Hintergrund. In dieser Zeit war die Schweiz zudem von politisch motivierten Anschlägen betroffen, welche bis in die 1990er Jahre hinein reichten (Stahel 1993; Villiger 2013).⁴ Seither blieb sie von grösseren terroristischen Anschlägen verschont. Bezüglich der Bedrohungslage weist der aktuelle Sicherheitsbericht auf die Bedrohung durch Rechts- und Linksextremismus hin, wobei beim Rechtsextremismus im letzten Jahr eine Zunahme an Ereignissen verzeichnet wurde (NDB 2019). Dies im Unterschied zu früheren Jahren, als die Bedrohung durch den Linksextremismus stärker betont wurde (NDB 2017; NDB 2018).

Auch wenn sich die Menschen in der Schweiz sicher fühlen, nehmen sie eine Bedrohung durch Extremismus wahr (Szvircsev Tresch/Wenger 2019); mehr als jeder Fünfte hält eine Bedrohung der Schweizer Bevölkerung durch Terrorismus für wahrscheinlich (Szvircsev

² Dies im Unterschied zu Radikalismus, welcher nicht gezwungenermassen zu Aktionen führt (Bötticher/Mareš 2012).

³ Für eine ausführlichere Herleitung und Diskussion der verschiedenen Begriffe und Konzepte wird auf das Editorial dieser Ausgabe von sozialpolitik.ch verwiesen (Staubli/Nollert/Budowski 2019).

⁴ Die höchste Anzahl an Todesopfern war 1970 beim Bombenanschlag der Volksfront zur Befreiung Palästinas PFLP auf ein Swissair Flugzeug zu beklagen, als 48 Menschen starben (Villiger 2013).

Tresch/Wenger 2015: 85). Hier knüpft dieser Artikel an, indem er der Frage nachgeht, wie Schweizerinnen und Schweizer⁵ zur Bekämpfung von Links- und Rechtsextremismus stehen und ob diese Einstellung auf eine Befürwortung von Massnahmen zur Herstellung der inneren Sicherheit im Rahmen einer verstärkten Sozialkontrolle zurückzuführen ist. Dazu werden Daten der Studie *Sicherheit* aus dem Jahr 2016 herangezogen und analysiert.

Im nächsten Abschnitt werden das Konzept von Sozialkontrolle und dessen Veränderung beschrieben und darauf basierend Hypothesen hergeleitet. Es folgt eine Beschreibung der verwendeten Daten und angewandten Methoden. Schliesslich werden die Resultate dargestellt und kritisch diskutiert. Abschliessend wird ein kurzer Ausblick gegeben.

Sozialkontrolle im Zeichen von Sicherheitsgesellschaften

Vorstellungen darüber, welche Form von Strafe angemessen und wirksam ist, reichen zurück bis zu primitiven Gesellschaften. Erste Gesetze entstanden kurz nach der Entstehung der Schrift in der Antike (Trechsel 1998). Bereits hier, in Schriften von Platon, findet sich der Gedanke der Prävention, d.h. der Strafe zur Verhinderung von weiteren Vergehen. Bis in die Neuzeit hinein dominierte der Gedanke der Fehde. Im 19. Jahrhundert schliesslich vollzieht sich ein grundsätzlicher Wandel, indem strafbares Verhalten erstmals wertfrei beschrieben und untersucht wird (Trechsel 1998).

Das im 19. und 20. Jahrhundert entwickelte Modell sozialstaatlicher Integration und sozialer Ordnung gründete auf einem „rehabilitativen Ideal“ (Garland 2016: 356), welches auch die Kontrolle von Kriminalität miteinschloss. Im Zentrum standen der Gedanke der Resozialisierung und Reintegration von Straftätern, sowie eine klare Grenzziehung zwischen Devianz und Konformität (Groenemeyer 2010). Auf Abweichung und Kriminalität wurde mit Unterstützung reagiert, mit dem Ziel, die entsprechenden Menschen in die Gesellschaft zu (re-)integrieren. In dieser Zeit des wohlfahrtsstaatlichen Strafens gab es eine Fülle von institutionalisierten Angeboten und Experten (Garland 2008). Dies auch deshalb, weil die Ursachen für Devianz und Delinquenz weniger beim Individuum selber, sondern in gesellschaftlichen Verhältnissen gesucht wurden. Stand also in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Täter im Zentrum der Kriminalpolitik, änderte sich dies ab den 1980er Jahren. Die Dominanz des Bildes eines Täters oder einer Täterin, welche/r als zu heilen galt, oder so zu behandeln, dass er oder sie sich (wieder) in die Gesellschaft eingliedern konnte, begann zu bröckeln. Dieser Wandel in der Vorstellung davon, wie mit Täterinnen und Tätern umzugehen und Kriminalität entgegenzuwirken sei, stand ab den 1980er Jahren eng im Zusammenhang mit wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozessen in den westlichen Industrienationen. Diese führten zu einer zunehmenden Ungleichheit und weiteren Ausdifferenzierung zwischen Arm und Reich. Angetrieben wurde diese Entwicklung durch das wirtschaftliche Konzept des Neoliberalismus, welches die Autonomie des Individuums sowie Marktfreiheit betonte. Von einer solchen Ökonomisierung war auch der soziale Bereich betroffen. Wohlfahrtsstaatliche Konzepte von sozialer Kontrolle, welche von einer Mitverantwortung der Gesellschaft am

⁵ Wie im Kapitel *Daten und Methoden* weiter unten erklärt, wurden bei der Studie nur Schweizerinnen und Schweizer befragt, also nicht die gesamte Bevölkerung.

individuellen Versagen ausgingen, wurden abgelöst durch die Vorstellung der Selbstverschuldung (Wacquant 2009). Im Mittelpunkt der neuen Sozialkontrolle standen der Verbrecher und die Verbrecherin, der/die seine/ihre Rolle selber gewählt habe und als Feind oder Feindin der Gesellschaft angesehen wurde (Wacquant 2009). In diesem Zusammenhang wird auch von der *präventiven Sicherheitsordnung* gesprochen (von Trotha 2002, 2003, 2010). Bezeichnend hierbei ist die Privatisierung des Gewaltmonopols auf verschiedenen Ebenen. Zum einen kam es zu einem Anstieg der privaten Sicherheitsindustrie und privaten Sicherheitsdienstleistungen, sowie einer Privatisierung von Gefängnissen.⁶ Weiter wurde polizeiliches Handeln technisiert und auf der Ebene von Gemeinden und Gemeinschaften gab es neue Kontrollordnungen in Form von Privatpolizei und Wachdiensten. Schliesslich rückte in den präventiven Sicherheitsdiskursen das Opfer ins Zentrum, statt wie früher die General- und Spezialprävention zu betonen, d.h. die Frage nach dem Schutz der Gesellschaft (von Trotha 2003). Im Zusammenhang mit der latenten Bedrohung durch terroristische Anschläge kommt es weiter zu vermehrter Unsicherheit und einer Erosion von grundlegenden rechtsstaatlichen Normen, wenn es um die Bekämpfung von Terrorismus geht. Die gesteigerte Kriminalitätsangst steht jedoch in Diskrepanz zum tatsächlichen Risiko, Opfer einer Straftat zu werden (von Trotha 2010).

Parallel dazu kam es zu einer Individualisierung und Pluralisierung in den Lebensstilen, was dazu führte, dass sich klare gesellschaftliche Normen wie sie zu Zeiten des bürgerlichen Familienmodells galten, aufzulösen begannen (z.B. Beck 1986). Den Menschen wurde bewusst, dass jeder und jede Normbrüche begehen kann. Delinquenz wurde folglich nicht mehr als ein tieferliegendes soziales Problem gesehen, welches therapiert werden kann, sondern als alltäglich Herausforderung (Singelstein/Stolle 2012). Dominierte beim Rehabilitationsideal die Konnotation von „Krankheit – Behandlung“, wird auf Kriminalität/Strafe neu mit „Schaden/Risiko – Kompensation/Prävention“ reagiert (Groenemeyer 2008: 87). Weiter ging auch die informelle Sozialkontrolle im Nahraum verloren. Folglich musste die soziale Kontrolle neu an Strukturen, Orten und Begebenheiten angepasst werden. Eine Antwort darauf war z.B. die Aufrüstung öffentlicher Plätze und Verkehrsmittel mit Videoüberwachung (Singelstein/Stolle 2012).

Für das Individuum selber bedeutete die starke Präsenz von Sicherheitsdiskursen in den Medien, dass es sich ständig mit dem Thema auseinandersetzen und sich um immer neue Lebensbereiche Gedanken machen musste. Unsicherheiten in den Routinen des Alltags waren früher normal, ihnen wurde keine grosse Bedeutung beigemessen. Dies hat sich durch die Erweiterung des Begriffes Unsicherheit verändert: Je mehr Bereiche der Gesellschaft und der internationalen Gemeinschaft in den Fokus rücken, desto stärker fällt die Unsicherheit ins Gewicht, auch die alltägliche, welche erst dadurch richtig wahrgenommen wird. Risiken wie Krankheit oder Tod gehörten früher zum Leben dazu und wurden gerade in kleinräumigen

⁶ Während es auch in der Schweiz zu einem Zuwachs der privaten Sicherheitsindustrie und privaten Sicherheitsdienstleistungen kam, ist die Privatisierung des Strafvollzugs noch nicht weit fortgeschritten. Die Gesetzgebung erlaubt den Kantonen privat geführte Einrichtungen mit dem Strafvollzug in der Form der Halbgefängenschaft oder des Arbeitsexternats (Arbeiten ausserhalb der Anstalt), sowie mit dem Vollzug von therapeutischen Massnahmen zu beauftragen. Nicht zulässig sind private Träger für den klassischen Kernbereich der Freiheitsentziehung (Freiheitsstrafe im Normalvollzug, in Einzelhaft, oder die Verwahrung) (Baechtold et al. 2016: 72).

Gesellschaften wie Dörfern offen kommuniziert und ritualisiert. Die Menschen unterstützten sich gegenseitig, auch in der Trauer, indem Tote z.B. für alle zugänglich aufgebahrt wurden (Eisch-Angus 2019). Diese kleinräumige, zwischenmenschliche Solidarität wurde in modernen Gesellschaften zunehmend durch eine staatliche ersetzt, z.B. in Form von Versicherungssystemen (Kaufmann 2002). Das durch die kleinräumige, zwischenmenschliche Solidarität gebotene Auffangnetz bei (finanziellen) Folgen von Krankheit und anderen Risiken wurde als gegeben wahrgenommen und nicht weiter hinterfragt. Im Unterschied dazu bietet die staatliche Solidarität nur eine beschränkte Risikoabdeckung. Weiter brachte das sich Befassen mit den Möglichkeiten der staatlichen und privatwirtschaftlichen Absicherung die Risiken erst richtig ins Bewusstsein der Menschen und weckte Unsicherheiten.

Eine solche veränderte Wahrnehmung von Risiko und Bedrohung bringt neue Bedürfnisse nach Sicherheit und Strafe hervor. In diesem Zusammenhang wird von *Sicherheitsgesellschaft* (Legnaro 1997) gesprochen. Es geht hierbei um die Entwicklung neuer Kontrollkulturen und -strukturen, wobei sowohl die soziale Kontrolle im Alltag als auch die staatliche Kontrolle abweichenden Verhaltens neue Formen annehmen, welche einen starken Einfluss auf den Charakter der Sicherheitsgesellschaft haben (Groenemeyer 2010). Legnaro (1997) beschreibt ausführlich, dass in Sicherheitsgesellschaften nicht nur die Produktion von Sicherheit und Schutz vor Devianz und Funktionsstörungen im Vordergrund steht, sondern auch eine Etablierung von Mechanismen, die innergesellschaftlich wirken und Grenzen von Inklusion und Exklusion herstellen. Sicherheitsgesellschaft definiert er folgendermassen:

Eine Sicherheitsgesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass nicht nur staatliche, sondern allmählich und in stetig zunehmendem Ausmaß auch private Akteure an der Produktion von Sicherheit teilnehmen, dass die Überwachung nicht nur dem Staatsschutz im engeren Sinne gilt, sondern Aktivitätskontrollen von allen Bürgern – tendenziell durch alle Bürger – mit dem Ziel der Risikominimierung für alle angestrebt werden und dass schließlich die Produktion von Sicherheit nicht nur eine staatliche Aufgabe ist, sondern eine permanente gesellschaftliche Anstrengung, ein Regime des täglichen sozialen Lebens (Legnaro 1997: 271).⁷

Diese Prognose ist nicht neu. Bereits Michel Foucault (1976) hat in den späten 1970er Jahren das Aufkommen von *Absicherungsgesellschaften* thematisiert, interessanterweise im Zusammenhang mit dem damaligen aufkommenden europäischen Terrorismus. Während der Staat früher territorial bestimmt war und Schutz innerhalb gewisser Grenzen bot, bietet der Staat heute Sicherheit: Sicherheit vor Unfällen, Krankheit, Schäden, Risiken etc. Der Territorialver-

⁷ Inwieweit man auch in der Schweiz von einer Sicherheitsgesellschaft oder einer präventiven Sicherheitsordnung sprechen kann, bleibt offen. Zumindest zwei der in Legnaros (1997) Definition aufgeworfenen Aspekte scheinen für die Schweiz zuzutreffen. Zum einen zeigt sich, dass sich zunehmend auch private Akteure an der Produktion von Sicherheit beteiligen. Zum anderen wird die Überwachung aller Bürgerinnen und Bürger in vielen Bereichen zunehmend ausgebaut, wie das Beispiel der Diskussion einer Überwachung von potentiellen Sozialhilfebetrügerinnen durch Detektive zeigt. Ob der dritte von Legnaro (1997) genannte Aspekt von Sicherheitsgesellschaften – die Produktion von Sicherheit als permanente gesellschaftliche Anstrengung – auch zutrifft, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden.

trag wurde vom Sicherheitsvertrag abgelöst.⁸ Gerade wegen einer solchen Sicherheitsgarantie erschrecke der Terrorismus die Regierungen, indem er sie gerade auf jener Ebene attackiere, auf der sie den Anspruch erhebe, den Menschen Sicherheit garantieren zu können. Folglich würde nicht nur das Leben der Menschen verunsichert, sondern auch das Verhältnis des oder der Einzelnen zu all den Institutionen, die sie oder ihn bisher beschützten. Dies sei der Grund, weshalb Terrorismus Regierungen und der Bevölkerung Angst machen würde (Defert/Ewald 2003: 495-502). In diesem Zusammenhang stehen auch Michel Foucaults Thesen zur Disziplinargesellschaft (Foucault 1976).

Der Prozess hin zur Befürwortung von mehr Sicherheit hat mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in den 1980er Jahre ihren Anfang genommen, wie vorher erläutert. Es kam zu einer Individualisierung des gesellschaftlichen Lebens, aber auch der Verantwortungszuschreibung von Täterinnen und Tätern. Was die Verbrechensbekämpfung selber betrifft, ist die Dominanz der Soziale-Kontroll-Perspektive zu erwähnen. Die Frage danach, wie Menschen dazu gebracht werden können, Gesetze zu befolgen und Gesetzeshüter wie der Polizei zu gehorchen, wurde mit der Drohung mit oder der Anwendung von Gewalt beantwortet. Menschen würden also aufgrund des Risikos bei einer Straftat erwischt zu werden, Regeln befolgen (Tyler/Huo 2002: 7-10). Diese Perspektive wurde im Zuge der Veränderungen aufgebrochen. Dem Verlust der Sozialkontrolle im sozialen Nahraum wurde zwar mit technischer Aufrüstung, z.B. in Form von Videoüberwachung, begegnet. Aber auch solche Entwicklungen konnten keine nahtlose Überwachung aller öffentlichen Räume garantieren. Was die Befolgung von Regeln betrifft, wurde vermehrt auf Kooperation zwischen der Polizei und der Gesellschaft gesetzt, was sich zum Beispiel in Konzepten wie der gemeindenahen Bürgerarbeit äusserte (Kunz/Singelstein 2016). Auch zeigte Forschung aus der Sozialpsychologie, dass Respekt und faires Verhalten bei Interaktionen zwischen der Polizei und der Bevölkerung viel zum Vertrauen in die Polizei beitragen (Tyler/Huo 2002; Hough et al. 2010;).

Mit der Entstehung von Sicherheitsgesellschaften und präventiven Sicherheitsordnungen rückte der Schutz der Bevölkerung in den Fokus von politischen Diskursen und Strategien. Gerade auch im Hinblick auf eine postulierte zunehmende Gefährdung durch religiösen Extremismus und Terrorismus wurden Gesetzesverschärfungen vorgenommen (Schlepper 2017).⁹ Es stellt sich die Frage, ob und wie solche Massnahmen durch die Bevölkerung unterstützt werden. Dieser Artikel schliesst hier an und geht der Frage nach, ob Schweizerinnen und Schweizer eine stärkere Bekämpfung von Extremismus befürworten, und welche Rolle hierbei die Zustimmung zu einer stärkeren Sozialkontrolle einnimmt. Anknüpfend an die Soziale-Kontroll-Perspektive wird argumentiert, dass eine Zustimmung zu Überwachung und Drohung einhergehen mit Vorstellungen einer „harten Hand“ gegenüber (potentiellen) Täterinnen und Tätern. Erst eine strikte und ausgebaute Überwachung und folglich starke (formale) Sozialkontrolle ermöglicht die erfolgreiche Bekämpfung und Prävention von Kriminalität.

⁸ Foucault argumentierte damals, 1976, dass sich das Problem der Grenzen kaum noch stelle. Dies hat sich in den letzten Jahren wieder geändert. Im Zuge der verstärkten Migration nach Europa werden gerade Ländergrenzen wieder sehr stark thematisiert und rhetorisch dafür gebraucht, um der Bevölkerung Sicherheit zu versprechen.

⁹ In der Schweiz wurde zum Beispiel das Neue Nachrichtengesetz in einer Referendums-Abstimmung vom Schweizer Stimmvolk deutlich angenommen, es trat am 1. September 2017 in Kraft. Dieses baut die Überwachungsmöglichkeiten des Geheimdienstes massiv aus (humanrights.ch 2017; Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS 2016).

Übertragen auf politischen Extremismus wird davon ausgegangen, dass Befürworterinnen und Befürworter einer solchen harten Gangart auch einer stärkeren Bekämpfung von Extremismus zustimmen. In diesem Zusammenhang sind mögliche Einflussfaktoren zu berücksichtigen, welche im folgenden Abschnitt erläutert werden.

Sicherheitsgefühle, politische Orientierung und sozio-demographische Variablen

Einstellungen zur Bekämpfung von Extremismus können – wie im vorherigen Abschnitt erläutert – mit dem Wunsch nach einer stärkeren Sozialkontrolle erklärt werden. Daneben steht der Einfluss von identitätsbildenden Prozessen im Zentrum (Williamson 2019). Hierbei spielen Ansichten über Minoritäten wie Muslime oder *people of colour* eine Rolle (Sides/Gross 2013; Unnever/Cullen 2010). Weiter suggerieren solche Einstellungen eine Bedrohungssituation im Sinne von Angst vor extremistischen Anschlägen. Geht man hier zurück auf die kriminologischen Konzepte von Kriminalitätseinstellungen, so lässt sich postulieren, dass Menschen, die sich vor Kriminalität fürchten, wie auch immer diese gelagert sein mag, einer stärkeren Sozialkontrolle und somit auch einer stärkeren Extremismus-Bekämpfung zustimmen. Hierbei geht es um die individuelle Ebene, also die individuelle Betroffenheit. Bei dieser individuellen *Kriminalitätsfurcht* gilt es zu unterscheiden zwischen einer generellen Angst vor Kriminalität (affektive Komponente), einer Furcht vor konkreten Delikten (kognitive Komponente) und einem Vermeideverhalten (konative Komponente), d.h. dem Ändern von täglichen Routinen, um potenzieller Kriminalität aus dem Weg zu gehen (DuBow/McCabe/Kaplan 1979; Ferraro/LaGrange 1987; Boers 1991; Ferraro 1995). Für die vorliegende Studie würden sich Fragen nach der Furcht vor konkreten Delikten im Rahmen von politischem Extremismus anbieten. Wie im Methodenteil weiter unten ausgeführt, ist eine solch differenzierte Betrachtung und Analyse jedoch nicht möglich, weshalb von einem generellen Einfluss von Kriminalitätsfurcht auf die Einstellung zur Extremismus-Bekämpfung ausgegangen wird.

Weiter hat sich gezeigt, dass Gefühle von Unsicherheit und Angst einhergehen mit konservativen Einstellungen und Werten. Solche finden sich eher bei der politischen Rechten wieder, bei welchen Autoritarismus und ein *Bewahrer*-Denken auszumachen sind (Chirumbolo 2002; Jost et al. 2003). Das Konstrukt Autoritarismus geht zurück auf das einflussreiche aber umstrittene Werk *The Authoritarian Personality* von Theodor W. Adorno und Kolleginnen und Kollegen (1950). Adorno und seine Mitautorinnen und -autoren hatten zum Ziel, Gemeinsamkeiten in den Charakterstrukturen potentiell faschistischer Individuen zu finden und darauf aufbauend ein Instrument zur Messung des Ausmasses der Verbreitung solcher Strukturen in der Bevölkerung zu entwickeln (Wurst 2016; Moldenhauer 2019). Kritiker monierten unter anderem, dass sich die postulierten Merkmale bei Extremisten auf beiden Seiten des politischen Spektrums nachweisen liessen, nicht nur bei Personen mit faschistischem Gedankengut (für eine historische Interpretation siehe Roiser und Willig 2002).

Nebst Autoritarismus wurde auch der Wunsch nach bestimmenden Ordnungen und Strukturen als Korrelat mit rechter politischer Orientierung gefunden (Chirumbolo 2002). Solche Sicherheiten können ebenfalls im Zusammenhang mit Sozialkontrolle gesehen werden, welche sich zum Beispiel auch in einer vermehrten Überwachung von Menschen äussert. Weiter hat die Forschung aufgezeigt, dass sich autoritäre Charaktere eher für harte Bestrafungen aussprechen (e.g. Gerber/Jackson 2016). Für die Schweiz wurde nachgewiesen, dass *politi-*

sche Orientierung mit Einstellungen zur Bekämpfung von Extremismus korreliert (Szvircsev Tresch/Wenger 2016). Ob es hierbei Unterschiede bei der Zustimmung zur Bekämpfung verschiedener Formen des politischen Extremismus gibt, wurde nicht analysiert.

Schliesslich werden verschiedene *sozio-demographische Variablen* als Kontrollvariablen berücksichtigt, die in Zusammenhang mit der Einstellung zur stärkeren Bekämpfung von Rechts- und Linksextremismus stehen: Geschlecht, Alter und Bildung (Szvircsev Tresch/Wenger 2016).

Basierend auf den aufgeführten theoretischen Erläuterungen wird postuliert, dass Menschen, die eine stärkere Sozialkontrolle im Sinne von Überwachung und Kontrolle befürworten, auch einer stärkeren Bekämpfung von politischem Extremismus zustimmen (H1). Hierbei wird zum einen von einem Einfluss durch Kriminalitätsfurcht ausgegangen: Menschen, die sich unsicher fühlen, stimmen eher einer vermehrten Bekämpfung von Links- und Rechtsextremismus zu als Menschen, die sich sicher fühlen (H2). Zum anderen wird ein Einfluss durch die politische Orientierung postuliert: Politisch rechtsstehende Menschen stimmen einer stärkeren Bekämpfung von Extremismus eher zu als politisch linksstehende (H3).

Bevor die Resultate präsentiert und erläutert werden, werden im nächsten Kapitel die verwendeten Daten und Methoden beschrieben.

Daten und Methoden

Datengrundlage ist die Studie *Sicherheit 2016*. Seit 1991 wird diese Umfrage in Kooperation zwischen der Militärakademie und dem Center for Security Studies der ETH Zürich jährlich durchgeführt. Das Sample umfasst 1211 Personen, wobei nur Schweizerinnen und Schweizer befragt wurden, nicht jedoch Bewohnerinnen und Bewohner, die keinen Schweizer Pass besitzen. Die Stichprobe wurde basierend auf dem Random-Quota Verfahren nach Alter, Geschlecht und Region aus dem Link-CATI-Pool bestehend aus um die 200'000 Personen gezogen.¹⁰ Dies führt zu einer realitätsnahen Verteilung von Geschlecht, Alter und Region (Deutsch- und Westschweiz sowie Tessin) was eine Gewichtung überflüssig macht (Szvircsev Tresch/Wenger 2016: 68-71).

Als Grundlage für die folgenden Analysen dienen elf Fragen zu Einstellungen darüber, was für die Sicherheit der Schweiz wichtig ist, mit den Antwortkategorien sehr, eher, nicht, gar nicht einverstanden (die Reihenfolge der Nennung bezieht sich hierbei auf den Fragebogen): „Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass...

- ...wir den Ausländeranteil in der Schweiz unter Kontrolle halten;
- ...den Rechtsextremismus stärker als bisher bekämpfen;
- ...den Terrorismus stärker als bisher bekämpfen;
- ...den Linksextremismus stärker als bisher bekämpfen;
- ...die Polizeipräsenz in Wohnquartieren und einzelnen Stadtgegenden erhöht wird;

¹⁰ Dieser Pool des Befragungsinstitutes LINK beinhaltet Personen, die sich bereit erklärt haben, dass sie für diverse Umfragen kontaktiert werden können. CATI bezieht sich hierbei auf den englischen Begriff *Computer Assisted Telephone Interview*.

- ...auf öffentlichen Plätzen und in öffentlichen Verkehrsmitteln vermehrt Überwachungen per Video stattfinden;
 ...die Armee zur Sicherung von Ruhe und Ordnung eingesetzt werden kann, wenn die Polizei überfordert ist;
 ...wir die Polizei in unserem Land aufstocken;
 ...bei allen öffentlichen Gebäuden die Eingangskontrollen deutlich verschärft werden;
 ...der Staat über verdächtige Personen Daten sammeln kann;
 ...Personen auch auf den blossen Verdacht hin, dass sie eine Tat planen, verhaftet und vorsorglich eingesperrt werden können.“

Der theoretischen Argumentation folgend, werden zum einen die zwei Fragen nach der Bekämpfung von Rechts- und Linksextremismus als abhängige Variablen verwendet. Die restlichen Variablen stehen für die Befürwortung oder Ablehnung einer stärkeren Sozialkontrolle. Um zu überprüfen, ob eine solche Aufteilung auch methodisch unterstützt wird, wird eine Faktorenanalyse gerechnet (vgl. Field 2009: Kap. 17). Um die Interpretation der Ergebnisse zu erleichtern, wird eine Varimax-Rotation durchgeführt. Die Resultate zeigen, dass sich die elf Items zu zwei Faktoren bündeln lassen, wobei die zwei Fragen zur stärkeren Bekämpfung von Rechts- und Linksextremismus den einen, und alle anderen Fragen den zweiten Faktor bilden, welcher *stärkere Sozialkontrolle* genannt wird (Tabelle 1). Die Daten scheinen für das Verfahren der Dimensionsreduktion geeignet, wie dem Wert nach Kaiser, Meyer und Olkin zu entnehmen ist (KMO = 0.899).

Da die Forschung jedoch aufgezeigt hat, dass rechte politische Orientierung mit Kriminalitätsangst und Autoritarismus einhergeht, wie im vorherigen Kapitel aufgezeigt wurde, werden die zwei Variablen von Faktor 2, welche die Bekämpfung von Links- und Rechtsextremismus betreffen, in den folgenden Analysen dennoch getrennt als zwei *abhängige Variablen* verwendet. Um binäre logistische Regressionen zu rechnen – die Dichotomisierung der abhängigen Variablen erleichtert die Interpretation der Resultate – werden die abhängigen Variablen in Dummies umkodiert (0 = nicht einverstanden, 1 = einverstanden).

Tabelle 1: Faktorenanalyse der Items Sicherheit Schweiz (Varimax-Rotation)

	Faktor 1 Stärkere Sozial- kontrolle	Faktor 2 Stärkere Bekämpfung Extremismus
Kontrolle Ausländeranteil	0.682	0.094
Stärkere Bekämpfung Rechtsextremismus	-0.095	0.856
Stärkere Bekämpfung Terrorismus	0.605	0.311
Stärkere Bekämpfung Linksextremismus	0.335	0.641
Erhöhung Polizeipräsenz	0.637	0.300
Vermehrte Videoüberwachung	0.650	0.182
Einsatz Armee bei Überforderung Polizei	0.678	0.031
Aufstockung Polizei	0.510	0.450
Verschärfte Eingangskontrollen öfftl. Gebäude	0.623	0.270
Datensammlung verdächtige Personen	0.656	0.105
Handlungsmöglichkeit aufgrund von Verdacht	0.706	0.005

Quelle: Datensatz Studie Sicherheit 2016, eigene Berechnungen

Als *unabhängige Variable* wird der Faktor *stärkere Sozialkontrolle* verwendet. Hierfür wurden die einzelnen Variablen des Faktors aufaddiert und in eine Dummy-Variable mit 0 = nicht einverstanden und 1 = einverstanden rekodiert und dichotomisiert.¹¹ Zum anderen werden, basierend auf der weiter oben erläuterten Forschungsliteratur, Fragen zum Sicherheitsempfinden berücksichtigt, welche das allgemeine Sicherheitsempfinden sowie das Sicherheitsgefühl bei Tag und Nacht betreffen. Die Verwendung der Frage nach dem Sicherheitsgefühl nachts gilt als Standardindikator und ist weit verbreitet, wird von der Forschergemeinde aber kritisiert, weil die Frage relativ vage ist und wichtige Aspekte von Kriminalitätsfurcht ausschliesst (u.a. Farrall et al. 1997; Kury et al. 2005; Gray/Jackson/Farrall 2008). Wenn die Frage jedoch der affektiven Komponente zugewiesen wird, wie z.B. von Reuband und Rostampour (1999) postuliert, scheint zumindest der Bezug zur Kriminalitätsfurcht gegeben. Die in der Studie Sicherheit 2016 erhobenen Fragen lauten: „Ganz allgemein gesprochen, (1) wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit? (2) Wie sicher fühlen Sie sich an öffentlichen Orten, wo es viele Leute hat. Zum Beispiel an Sportanlässen, Konzerten und Bahnhöfen? (3) Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuss in Ihrer Wohngegend unterwegs sind?“ Antwortkategorien für alle drei Fragen: sehr sicher, eher sicher, eher unsicher oder ganz unsicher. Auch hier wurden alle drei Fragen in Dummies umkodiert, mit 1 = unsicher und 0 = sicher. Eine Zusammenfassung der drei Variablen zu einer bietet sich an. Eine Reliabilitätsanalyse zeigt jedoch auf, dass die interne Konsistenz hierfür nicht ausreichend ist ($\alpha = 0.618$). Folglich werden alle drei Variablen als Dummies einzeln in die Analysen mit eingeschlossen. Die Frage nach der politischen Orientierung – „Links, Mitte und rechts‘ sind Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten und Einstellungen zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo Sie selber auf einer Skala von 0 ‚ganz links‘ bis 10 ‚ganz rechts‘ etwa stehen?“ wurde schliesslich in drei Dummies aufgegliedert: links (Skala 0-3), Mitte (Skala 4-7, Referenzkategorie), rechts (Skala 8-10). Diese Aufteilung ermöglicht zu untersuchen, ob sich die Zustimmung zu stärkerer Sozialkontrolle von Personen an den politischen Polen links und rechts im Vergleich zu jenen in der politischen Mitte unterscheidet.

Schliesslich werden soziodemographische Variablen als *Kontrollvariablen* eingesetzt, welche gemäss bisheriger Forschung einen Einfluss auf Sicherheitseinstellungen haben: Geschlecht, Alter und Bildung. Geschlecht wurde binär codiert, 1 = Frau, 0 = Mann. Beim Alter wurden drei Dummy-Variablen gebildet, pro Altersgruppe eine: 18-29 Jahre, 30-59 Jahre, 60+ Jahre, wobei die mittlere Kategorie bei den Analysen als Referenzkategorie verwendet wurde. Bildung wurde anhand folgender Frage erhoben: „Welches ist die höchste Schule, die Sie besucht haben oder die Sie zurzeit besuchen?“ mit den Antworten 1 Primarschule, 2 Sekundar-/Real-/Bezirksschule, 3 Berufsschule/Gewerbeschule/KV/Handelsschule, 4 Mittelschule/Gymnasium/DMS/Berufsmatura/WMS, 5 Technikum/ Fachhochschule/PH/ HWV, 6 Universität/ETH, 7 Anderes. Die Kategorien 1 und 2 wurden zur Dummy-Variable *tiefe Bildung* umkodiert, 3 und 4 zu *mittlere Bildung* und 5 und 6 zu *hohe Bildung*, wobei mittlere Bildung in den Regressionsanalysen als Referenzkategorie dient. Die Antworten der Kategorie 7 „Anderes“ (21 Fälle) wurden als fehlende Werte behandelt, da sie keiner der bestehenden Kategorien zugeordnet werden konnten.

¹¹ Eine Dichotomisierung der unabhängigen Variablen ist bei logistischen Regressionen nicht vorgegeben; diese können auch kategorial oder intervallkodiert sein (Field 2009: 265). Sie erleichtert aber die Interpretation der Resultate.

Resultate der empirischen Analysen - Deskriptive Statistik

Wie die deskriptive Statistik in Tabelle 2 zeigt, stimmt eine Mehrheit der Befragten einer stärkeren Bekämpfung von Extremismus zu, wenngleich die Zustimmung beim Rechtsextremismus deutlich höher ausfällt als beim Linksextremismus (80% vs. 63.5%). Einer stärkeren Sozialkontrolle – die Variable wurde basierend auf den Variablen des Faktors 1 der Faktorenanalyse gebildet (siehe oben) – stimmen 70.9% zu. Der Übersicht halber werden ebenfalls alle einzelnen Items dieser Variable dargestellt. Diese werden jedoch in den weiteren Analysen nicht verwendet. Hier zeigt sich, dass praktisch alle Aspekte der Sozialkontrolle eine mehrheitliche Zustimmung erhalten, mit Ausnahme der verschärften Eingangskontrollen bei öffentlichen Gebäuden, wo nur 41.6% der Befragten zustimmen.

Die Werte zum Sicherheitsgefühl bestätigen die bisherige Forschung: Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich generell sehr sicher, sowohl nachts als auch tagsüber, wobei das Sicherheitsgefühl seit 2016 sogar noch leicht zugenommen hat (Szvircsev Tresch/Wenger 2019). Nur rund 14% fühlen sich generell unsicher.

Mehr als die Hälfte der befragten Schweizerinnen und Schweizer sieht sich politisch in der Mitte (56.8%), 13.4% links und 25% rechts. 52.2% der Befragten sind Frauen, fast die Hälfte ist zwischen 30 und 59 Jahre alt, etwa ein Drittel 60 Jahre und älter. In die jüngste Kategorie der 18-29-Jährigen fallen 17.6% der Befragten. Schliesslich zeigt sich bei der Bildung, dass etwas mehr als die Hälfte der Befragten eine mittlere Bildung, z.B. einen Berufs- oder Handelsschulabschluss, aufweist. Eine Universität oder Fachhochschule haben 37.9% besucht. Lediglich 8% verfügen einzig über einen obligatorischen Schulabschluss ohne weitere Bildung.

Um die Frage zu beantworten, ob und wie Einstellungen zur Sozialkontrolle zu einer stärkeren Befürwortung der Bekämpfung des Rechts- oder Linksextremismus führen, werden im Folgenden die Resultate von binär-logistischen Regressionen dargestellt. Bevor diese Regressionen gerechnet werden, gilt es jedoch, anhand von Korrelationen mögliche Zusammenhänge zwischen den Variablen auszumachen.

Ein Blick auf die Pearson-Korrelationskoeffizienten zeigt erste Differenzen in der Befürwortung der Bekämpfung von Links- und Rechtsextremismus auf (Tabelle 3). Sozialkontrolle korreliert nur mit der Zustimmung zur stärkeren Bekämpfung von Linksextremismus, nicht aber mit Rechtsextremismus. Klare Unterschiede treten auch beim Sicherheitsgefühl zu Tage, welches nur mit der Bekämpfung von Linksextremismus korreliert. Bei der politischen Orientierung zeigen sich statistisch signifikante Zusammenhänge zwischen linker und rechter Orientierung und der Bekämpfung von Linksextremismus. Politisch rechts zu sein korreliert ebenfalls mit der Bekämpfung von Rechtsextremismus, jedoch ist der Koeffizient deutlich kleiner als jener bei Linksextremismus. Beim Geschlecht wiederum zeigt sich nur ein positiver Zusammenhang mit der Bekämpfung von Rechtsextremismus, nicht aber mit Linksextremismus. Auch das Alter scheint für die Zustimmung zur stärkeren Bekämpfung von Rechtsextremismus eine wichtigere Rolle zu spielen als beim Linksextremismus: Ein negativer Zusammenhang findet sich bei der jüngeren Alterskategorie, ein positiver bei der älteren. Diese letztgenannte Kategorie, Menschen 60 Jahre und älter, korreliert ebenfalls statistisch signifikant mit der Zustimmung zur Bekämpfung von Linksextremismus.

Tabelle 2: Deskriptive Statistiken

	n	%	fehlende Werte (n)
<i>Abhängige Variablen</i>			
stärkere Bekämpfung von Rechtsextremismus (1 = einverstanden)	925	80.0	55
stärkere Bekämpfung von Linksextremismus (1 = einverstanden)	725	63.5	70
<i>Sozialkontrolle</i>			
Verstärkte Sozialkontrolle (1 = einverstanden)	858	70.9	183
<i>Einzelne Items</i>			
Ausländeranteil unter Kontrolle halten (1 = einverstanden)	842	70.7	20
Stärkere Bekämpfung Terrorismus (1 = einverstanden)	1050	88.8	28
Erhöhung Polizeipräsenz (1 = einverstanden)	849	71.6	25
Mehr Videoüberwachung (1 = einverstanden)	830	69.2	11
Einsatz Armee bei Überforderung Polizei (1 = einverstanden)	1051	87.2	6
Aufstockung Polizei (1 = einverstanden)	998	84.1	24
Verschärfte Eingangskontrollen öfftl. Gebäude (1 = einverstanden)	493	41.6	27
Datensammlung verdächtige Personen (1 = einverstanden)	1054	88.6	22
Massnahmen aufgrund von Verdacht (1 = einverstanden)	754	63.7	28
<i>Sicherheitsgefühl</i>			
generell (1 = unsicher)	170	14.1	2
nachts (1 = unsicher)	182	15.1	8
tagsüber an öfftl. Orten (1 = unsicher)	217	18.1	12
<i>Politische Orientierung</i>			
links	162	13.4	0
Mitte	688	56.8	0
rechts	303	25.0	0
<i>Sozio-demographische Merkmale</i>			
Frau (0=Mann)	632	52.2	0
<i>Alter (Dummies)</i>			
tief (18-29 Jahre)	213	17.6	0
mittel (30-59 Jahre)	599	49.5	0
hoch (60 Jahre und älter)	399	32.9	0
<i>Bildung</i>			
tief (Primarschule, Sekundar-/Real-/Bezirksschule)	97	8.0	0
mittel (Berufs-/Gewerbe-/Handelsschule/KV, Mittelschule/Gymnasium /DMS/Berufsmatura/WMS)	633	52.3	0
hoch (Technikum/Fachhochschule/PH/HWV, Universität/ETH)	459	37.9	0
Total n	1211		

Quelle: Datensatz Studie Sicherheit 2016, eigene Berechnungen

Bei der Bildung schliesslich finden sich ebenfalls signifikante Korrelationen mit der Bekämpfung von Linksextremismus für alle Bildungsstufen, wobei die Korrelation für die höchste Bildung im Gegensatz zu den anderen beiden Kategorien negativ ist. Bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus schliesslich findet sich nur ein schwacher positiver Zusammenhang mit tiefer Bildung.

Die Korrelationskoeffizienten weisen darauf hin, dass das postulierte Modell mit Einflüssen von Sozialkontrolle, Sicherheitsgefühl und politischer Orientierung hauptsächlich bei der

Zustimmung zur Bekämpfung von Linksextremismus zum Tragen kommt. Ob dies auch in Regressionsmodellen der Fall sein wird, zeigt sich im nächsten Kapitel.

Tabelle 3: Korrelationen zu Bekämpfung von Links- und Rechtsextremismus (Pearsons R)

<i>Abhängige Variablen</i>	<i>Stärkere Bekämpfung von</i>	
	<i>Rechts- extremismus</i>	<i>Links- extremismus</i>
Stärkere Bekämpfung Rechtsextremismus	1	0.290**
Stärkere Bekämpfung Linksextremismus	0.290**	1
<i>Verstärkte Sozialkontrolle</i>	0.055	0.284**
<i>Sicherheitsgefühl</i>		
generell	-0.320	0.126**
nachts	-0.170	0.147**
tagsüber an öfftl. Orten	0.023	0.132**
<i>Politische Orientierung</i>		
links	0.053	-0.230**
Mitte	0.030	-0.050
rechts	-0.096**	0.213**
<i>Sozio-demographische Merkmale</i>		
Geschlecht	0.103**	-0.043
Alter		
18-29 Jahre	-0.103**	-0.055
30-59 Jahre	-0.048	-0.043
60+ Jahre	0.132**	0.090**
Bildung		
tief	0.065*	0.092**
mittel	-0.031	0.141**
hoch	-0.018	-0.202**

Quelle: Datensatz Studie Sicherheit 2016, eigene Berechnungen

Resultate der empirischen Analysen - Regressionsanalysen

Der Einfluss der Zustimmung zu einer stärkeren Sozialkontrolle auf die Wahrnehmung der Extremismus-Bekämpfung wird anhand von logistischen Regressionen überprüft. Hierbei werden die unabhängigen Variablen der Sozialkontrolle, des Sicherheitsgefühls und der politischen Orientierung, sowie die Kontrollvariablen schrittweise in drei Modellen hinzugefügt. Werden als erstes die Modelle zur Zustimmung zur Rechtsextremismus-Bekämpfung betrachtet, so fällt auf, dass Sozialkontrolle alleine keinen Einfluss hat (Modell 1, Tabelle 4). Erst nach Einbezug von Sicherheitsgefühlen wird die Variable signifikant. Der höchste Wert findet sich im dritten Modell (Odds Ratio, OR = 1.96); nach Einbezug der Kontrollvariablen im vierten Modell nimmt er wieder ab (OR = 1.75). Kein Einfluss auf die Rechtsextremismus-Bekämpfung kann in Bezug auf das Sicherheitsgefühl gefunden werden. Im Gegensatz dazu finden sich bei der politischen Orientierung statistisch signifikante Werte: Im Vergleich zur politischen Mitte stimmen Linke (OR = 1.80) mit einer höheren Wahrscheinlichkeit stärkerer

Rechtsextremismus-Bekämpfung zu, während rechts eingestellte Befragte (OR = 0.60) mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit stärkerer Rechtsextremismus-Bekämpfung zustimmen als die politische Mitte.

Tabelle 4: Logistische Regressionsmodelle für die Zustimmung zur stärkeren Bekämpfung von Rechtsextremismus

Variablen/ Modelle	Stärkere Bekämpfung von Rechtsextremismus							
	Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4	
	B	OR	B	OR	B	OR	B	OR
<i>Sozialkontrolle</i>	0.38	1.46	0.40	1.51*	0.67	1.96**	0.56	1.75*
<i>Sicherheitsgefühl</i>								
generell unsicher			-0.29	1.13	-0.20	0.82	-0.26	0.77
nachts unsicher			-0.15	0.88	-0.13	0.88	-0.39	0.68
tagsüber an öfftl. Orten unsicher			0.15	0.66	0.18	1.19	0.13	1.13
<i>Politische Orientierung (Ref: Mitte)</i>								
links					0.51	1.66	0.59	1.80*
rechts					-0.51	0.60**	-0.41	0.66*
<i>Sozio-demographische Faktoren</i>								
Frau							0.50	1.65**
Alter (Ref: 30-59 Jahre)								
18-29 Jahre							-0.34	0.71
über 60 Jahre							0.66	1.94**
Bildung (Ref: mittel)								
tief							0.37	1.44
hoch							0.04	1.05
Nagelkerkes R ²	0.06		0.09		0.03		0.12	

Quelle: Datensatz Studie Sicherheit 2016, eigene Berechnungen

OR = Odds Ratio

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Bei den Kontrollvariablen schliesslich stechen das Geschlecht und das Alter hervor: Frauen haben eine höhere Wahrscheinlichkeit zuzustimmen als Männer (OR = 1.65). Dies gilt ebenfalls für die Befragten über 60 Jahre im Vergleich zu den 30 bis 59-Jährigen (OR = 1.94).

Wie schaut es bei der Zustimmung zur stärkeren Bekämpfung von Linksextremismus aus? Basierend auf den vielen signifikanten Korrelationskoeffizienten aus Tabelle 2, werden mehr statistisch signifikante Werte erwartet als bei den Regressionsmodellen zu Rechtsextremismus. Ein Blick auf Tabelle 5 zeigt, dass dies tatsächlich der Fall ist. Die Regressionsanalysen fördern als erstes zutage, dass die Zustimmung zu vermehrter Sozialkontrolle über alle Modelle hinweg einhergeht mit der Zustimmung zu einer stärkeren Bekämpfung von Linksextremismus. Die sehr hohen Werte im ersten Modell nehmen zwar nach Einschluss der anderen unabhängigen und der Kontrollvariablen ab. Der Odds Ratio OR = 2.55 im letzten Modell zeigt jedoch eindrücklich, dass sich Personen, welche sich für eine verstärkte Sozialkontrolle aussprechen, ebenfalls häufiger einer stärkeren Bekämpfung von Linksextremismus zustimmen als Personen, die eine verstärkte Sozialkontrolle ablehnen. Ein Blick auf die Variablen zum Sicherheits-

gefühl zeigt, dass ein Teil dieses starken Einflusses von Sozialkontrolle im ersten Modell durch Unsicherheitsgefühle nachts erklärt werden kann. Menschen, die sich nachts unsicher fühlen haben eine höhere Wahrscheinlichkeit verstärkter Linksextremismus-Bekämpfung zuzustimmen als solche, die sich sicher fühlen, wenn sie nachts alleine unterwegs sind. Dieser Wert nimmt im letzten Modell leicht ab auf OR = 1.71, was auf einen Zusammenhang mit Geschlecht und/oder Alter schliessen lässt.

Tabelle 5: Logistische Regressionsmodelle für die Zustimmung zur stärkeren Bekämpfung von Linksextremismus

Variablen/ Modelle	Stärkere Bekämpfung von Linksextremismus							
	Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4	
	B	OR	B	OR	B	OR	B	OR
<i>Sozialkontrolle</i>	1.51	4.51***	1.35	3.86***	1.05	2.85***	0.94	2.55***
<i>Sicherheitsgefühl</i>								
generell unsicher			0.43	1.54	0.32	1.37	0.22	1.24
nachts unsicher			0.59	1.80*	0.57	1.76**	0.54	1.71*
tagsüber an öfftl. Orten unsicher			0.41	1.51*	0.38	1.47	0.31	1.36
<i>Politische Orientierung (Ref: Mitte)</i>								
links					-0.65	0.52**	-0.62	0.54**
rechts					0.81	2.24***	0.84	2.31***
<i>Sozio-demographische Faktoren</i>								
Frau							-0.02	0.98
Alter (Ref: 30-59 Jahre)								
18-29 Jahre							-0.11	0.89
über 60 Jahre							0.21	1.24
Bildung (Ref: mittel)								
tief							0.28	1.32
hoch							-0.67	0.51***
Nagelkerkes R ²	0.10		0.13		0.18		0.21	

Quelle: Datensatz Studie Sicherheit 2016, eigene Berechnungen

OR = Odds Ratio

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Analog zu den Regressionen zur Rechtsextremismus-Bekämpfung zeigt sich hier ein starker Einfluss der politischen Zugehörigkeit: Rechte sprechen sich mit einer höheren Wahrscheinlichkeit für eine stärkere Bekämpfung von Linksextremismus aus als Personen der politischen Mitte (OR = 2.2). Im Vergleich zur politischen Mitte zeigt sich dagegen eine niedrigere Wahrscheinlichkeit bei der politischen Linken im Vergleich zur politischen Mitte (OR = 0.5). Vergleicht man die Werte mit jenen im vierten und letzten Modell so ist ersichtlich, dass die Werte für den politischen Einfluss nahezu stabil sind (OR = 2.31, OR = 0.54). Im Unterschied zu den Modellen der Bekämpfung von Rechtsextremismus findet sich hier kein signifikanter Einfluss von Geschlecht oder Alter. Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit einer Zustimmung bei höher Gebildeten im Vergleich zu Personen mit mittlerer Bildung niedriger, wenn es um die Linksextremismus-Bekämpfung geht (OR=0.5).

Die Modelle zu Rechtsextremismus gewinnen hauptsächlich durch den Einschluss von sozio-demographischen Variablen an Erklärungskraft. Im Unterschied dazu erklärt die Zustimmung zu einer stärkeren Sozialkontrolle bereits 10% der Zustimmung zur stärkeren Bekämpfung von Linksextremismus ($R^2 = 0.10$ im Modell 1).

Haben die Resultate die formulierten Hypothesen bestätigt? Als erstes wurde argumentiert, dass sich die Zustimmung zu einer stärkeren Sozialkontrolle positiv auf die Zustimmung zu einer stärkeren Extremismus-Bekämpfung auswirke (H1). Die Analysen haben gezeigt, dass dies vor allem auf den Linksextremismus zutrifft. Beim Rechtsextremismus hängt der Einfluss der Sozialkontrolle mit dem Sicherheitsgefühl und der politischen Orientierung zusammen.

Im Zusammenhang mit der Zustimmung zu Sozialkontrolle wurde als nächstes zum einen von einem indirekten Einfluss durch die Kriminalitätsfurcht ausgegangen, indem Menschen mit einer generellen Angst vor Kriminalität diese auf extremistische Gruppierungen übertragen. Es wurde erwartet, dass Menschen, die sich generell, nachts oder tagsüber unsicher fühlen, eher einer vermehrten Bekämpfung von Links- und Rechtsextremismus zustimmen als Menschen, die sich sicher fühlen (H2). Zum anderen wurde ein Einfluss durch die politische Orientierung postuliert. Politisch rechtsstehende Menschen stimmen der Befürwortung einer stärkeren Kontrolle von Extremismus eher zu als politisch linksstehende (H3). Der in der Hypothese 2 formulierte Einfluss von Unsicherheitsgefühlen auf die Befürwortung von Extremismus-Bekämpfung hat sich nicht bestätigt. Ein statistisch signifikanter positiver Einfluss wurde lediglich für Menschen gefunden, welche sich nachts unsicher fühlen: diese stimmen der Bekämpfung von Linksextremismus eher zu als jene, die sich sicher fühlen. Im Unterschied dazu konnten die Hypothesen zum Einfluss der politischen Orientierung auf die Zustimmung zur Extremismus-Bekämpfung vollumfänglich bestätigt werden. Der Einfluss der politischen Linken auf die Zustimmung zur Bekämpfung von Rechtsextremismus ist grösser als jener der politischen Rechten. Und umgekehrt stimmen politisch rechtsstehende Menschen der Bekämpfung von Linksextremismus deutlicher zu als Linke und Personen der politischen Mitte.

Diskussion

Die Resultate der vorliegenden Studie zeigen, dass Menschen, welche für eine verstärkte *Sozialkontrolle* sind, auch eine stärkere Bekämpfung von Links- und Rechtsextremismus befürworten, wobei der Einfluss beim Linksextremismus grösser ist. Sozialkontrolle schliesst hierbei eine stärkere Überwachung durch Polizei, Armee und im digitalen Bereich, sowie generell eine verstärkte Terrorismusbekämpfung und Kontrolle des Ausländeranteiles mit ein. Ein Grund für diesen Zusammenhang kann sein, dass bestimmte Erfahrungswerte ausschlaggebend sind: Während Handlungen und Aktionen von Rechtsextremen (bis anhin) eher im Verborgenen stattfinden, sind Aktionen von Linksextremen z.B. in Form von Demonstrationen gegen des Weltwirtschaftsforum WEF oder rechtsstehende Politik stärker sichtbar und werden folglich von der Bevölkerung eher wahrgenommen und auch gemeldet (NDB 2019). Während die Lage im Jahr 2015 relativ ruhig war (NDB 2016), scheint die rechtsextreme Szene in neuerer Zeit jedoch vermehrt aus dem Schatten zu treten: der NDB spricht von einer Verdreifachung von Ereignissen im Vergleich zum Vorjahr (NDB 2019). Dies scheint im

Rahmen einer weltweiten Entwicklung der Erstarkung der rechtsextremen Szene kaum überraschend. Das Attentat von Christchurch hat auf fatale Weise gezeigt, dass der Fokus auf die Bekämpfung des religiösen Extremismus eine Vernachlässigung der rechtsextremen Szene mit sich brachte, gerade auch was die Überwachung der Onlinevernetzung betrifft (Steinvorth 2019). Spätestens seit den rechtsextremistischen Anschlägen in El Paso und Dayton in den USA im August, oder dem Attentat vor einer Synagoge in Halle im Oktober wird klar, dass die Konnotation von Terrorismus als Islamismus, wie sie in den Köpfen der Mehrheit fest verankert ist, endgültig aufgeweicht wird. In diesem Zusammenhang wird nun klar von „rechtsextremistischem Terror“ gesprochen (Die Zeit 2019).

Ob eine Verstärkung von Sozialkontrolle, wie sie in der vorliegenden Studie analysiert wurde, die Bekämpfung von Rechtsextremismus vorantreibt, sei dahingestellt. Welche Formen der Bekämpfung in der Schweizer Bevölkerung Rückhalt geniessen (würden), ist unklar. Hier gibt es noch weiteren Forschungsbedarf. Eine Möglichkeit, die vor allem in Staaten wie den USA diskutiert wird, ist eine Verschärfung von Waffengesetzen. Obwohl die Diskussion schon vor Jahren angeregt wurde, konnte eine solche Verschärfung bis anhin trotz diverser schwerwiegender Attentate nicht durchgesetzt werden. Im Gegensatz dazu hat Neuseeland sofort reagiert, indem Sturmgewehre und halbautomatische Waffen bereits wenige Tage nach dem Attentat von Christchurch verboten wurden¹².

Leider bieten die Daten auch keine Möglichkeit zu überprüfen, ob die Befragten bereits Erfahrungen mit Rechts- oder Linksextremismus gemacht haben. Interessant scheint in diesem Zusammenhang der Umstand, dass das *Sicherheitsempfinden* der Schweizerinnen und Schweizer keinen bzw. nur einen sehr schwachen Einfluss auf die Zustimmung zu einer stärkeren Extremismus-Bekämpfung hat. Es kann gefolgert werden, dass Menschen, die sich unsicher fühlen – sei dies generell, nachts oder tagsüber an öffentlichen Plätzen – dies nicht mit Rechts- oder Linksextremismus in Zusammenhang bringen bzw. sich nicht von diesem bedroht fühlen. Dies zeigt, dass Sicherheit- bzw. Unsicherheitsgefühle wie Kriminalitätsfurcht eher in Angst vor Kriminalität oder in diffusen Abstiegsängsten gründen (Hirtenlehner/Farrall 2013). In diesem Zusammenhang ist aber auch im Auge zu behalten, dass sich nur ein relativ kleiner Teil der Befragten – rund 15% – unsicher oder sehr unsicher fühlt.

Bei der Wahrnehmung von Extremismus in der Schweiz spielen Medien und Politikerinnen und Politiker eine wichtige Rolle, indem sie diese durch Skandalisierungen befeuern. Solche Skandalisierungen finden vor allem bei Parteien wie der Schweizerischen Volkspartei und deren Anhängerinnen und Anhängern Anklang (Udris 2011:171ff.). Der Einfluss der *politischen Orientierung* auf Ansichten zur Extremismus-Bekämpfung wird durch vorliegende Studie deutlich bestätigt. Sowohl linke als auch rechte Menschen stimmen einer stärkeren Bekämpfung von Extremismus öfters zu als Personen, die sich der politischen Mitte zugehörig fühlen. Während der Einfluss der Linken bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus überwiegt, ist umgekehrt die Zustimmung der Rechten bei der Bekämpfung von Linksextremis-

¹² Die Bevölkerung wurde dazu aufgerufen, solche Waffen zurückzubringen. Die von Premierministerin Jacinda Ardern initiierte Rückgabe sieht vor, dass legal erworbene Waffen mit bis zu 95 Prozent des Kaufpreises vergütet werden. Personen welche eine solche Waffe illegal in ihren Besitz brachten und sie nun zurückgeben, profitieren von einer Straffreiheit. Dieser Aufruf hatte Erfolg, so wird von über 9000 zurückgebrachten Waffen berichtet. Die Aktion soll noch bis Weihnachten 2019 weiterlaufen (dpa 2019).

mus stärker. Diese Resultate scheinen auf den ersten Blick nicht überraschend. Allerdings ist zu bedenken, dass eine politische Situierung an den beiden Enden des Spektrums nicht automatisch mit der Akzeptanz extremistischen Gedankenguts einhergeht. Wie zu Beginn des Artikels ausgeführt, geht Links- und Rechtsextremismus über eine Positionierung an den Polen hinaus, indem er rechtsstaatliche Prinzipien ablehnt. Inwieweit die Linken bzw. Rechten unter den Befragten selbst extreme Ansichten vertreten, kann hier nicht überprüft werden. Aber auch wenn extremistische Ideologien geteilt werden, bedeutet das noch nicht, dass diese auch umgesetzt, bzw. Gewalt als Mittel akzeptiert wird, wie eine Studie der ZHAW bei Schweizer Jugendlichen gezeigt hat (Manzoni et al. 2018). Und umgekehrt muss nicht bei jedem (links-)extremem Gewalttäter eine feste ideologische Fixierung vorliegen (Kegel 2019).

Auch wenn die Resultate zu (Un-)sicherheitsgefühlen nicht stark ins Gewicht fallen, so gibt es doch einen signifikanten positiven Einfluss von Unsicherheitsgefühlen in der Nacht auf die Zustimmung zu einer stärkeren Bekämpfung von Linksextremismus. Wenn man bedenkt, dass diese Zustimmung vor allem bei der politischen Rechten erkennbar ist, so lässt sich das gut mit dem Konzept von Autoritarismus und dem Wunsch nach bestimmenden Ordnungen und Strukturen in Verbindung bringen (Chirumbolo 2002). Im Rahmen der vorliegenden Studie konnten hierzu keine differenzierten Analysen gemacht werden, da in den verwendeten Daten diesbezüglich keine Fragen miteingeschlossen wurden. Bisher unveröffentlichte Analysen haben jedoch gezeigt, dass sich autoritätsgläubige Menschen in der Schweiz eher für harte Massnahmen im Zusammenhang mit Terrorismus aussprechen, wie z.B. das Einsperren von Terrorverdächtigen auf unbestimmte Zeit. Auch führt Autoritätsgläubigkeit eher zur Zustimmung zu Folter in Schweizer Gefängnissen, wenn sich dadurch möglicherweise ein Terroranschlag verhindern lässt (Staubli o.J.). Allerdings sind die verwendeten Daten bereits älter und gehen auf das Jahr 2006 zurück. Ein Einfluss der medialen Nachwirkungen der Verarbeitung der terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 in New York ist denkbar. Trotzdem gibt vor allem die Befürwortung von Folter zu denken und zeigt auf, dass (politisch und religiös) motivierte *Terroristen* nicht mit gewöhnlichen Kriminellen gleichgesetzt werden. Dies wiederum unterstreicht die Dringlichkeit von Begriffsklärungen in Bevölkerungsbefragungen wie der Studie Sicherheit.

Bei jeder Forschung gibt es *Schwachstellen*, die bei der Interpretation der Befunde zu berücksichtigen sind. Bei der vorliegenden Analyse liegt die zentrale Einschränkung im Sampling, da nur Schweizer Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt wurden. Somit wurde ein Grossteil der Bevölkerung – der Anteil an Personen ohne Schweizer Pass liegt bei 25% (Rausa 2019, bezogen auf das Jahr 2016) – ausgeschlossen. Dieser Umstand ist womöglich auf das (ursprüngliche) Kerninteresse der Befragung zurückzuführen, nämlich die Einstellung zur Schweizer Armee zu eruieren.

Weiter werden in der Befragung die Begriffe Links- und Rechtsextremismus, sowie Terrorismus nicht weiter spezifiziert. Dies mag im Rahmen einer Bevölkerungsbefragung durchaus üblich sein, vermindert aber aus wissenschaftlicher Sicht die Aussagekraft der Variablen. Dies scheint insbesondere im Zusammenhang mit *Terrorismus* problematisch, da dieser Begriff eine normative Aufladung aufweist (Tilly 2004). Es wäre also interessant zu wissen, was die Befragten darunter verstehen und ob Terrorismus wie in der vorliegenden Studie nach dem Hinzufügen einer Definition nach wie vor dem Faktor Sozialkontrolle zugerechnet werden

würde. Einen Einfluss auf die Resultate wäre zumindest denkbar, wenn nebst dem allgemeinen Begriff von *Terrorismus* auch explizit religiöse Formen von Extremismen mitberücksichtigt worden wären. Studien aus der Forschung zu Strafeinstellungen, d.h. Meinungen über Strafformen und -härte, zeigen auf, dass Strafstringenz mit einer negativen Konnotation bestimmter Minoritäten wie Musliminnen und Muslimen oder *people of colour* einhergeht, weil diese als bedrohlicher wahrgenommen werden als andere (Sides/Gross 2013; Unnever/Cullen 2010). Ein Hinweis in diese Richtung findet sich in Regressionsanalysen basierend auf den einzelnen Items von Sozialkontrolle, welche hier nicht abgebildet wurden. Es zeigte sich, dass das Item zur Zustimmung zu einer vermehrten Kontrolle des Ausländeranteils den höchsten Odds Ratio aller Items von Sozialkontrolle bei der Zustimmung zur stärkeren Bekämpfung von Linksextremismus aufwies.

Schliesslich konnten die empirischen Analysen nur beschränkt auf bekannten theoretischen Konzepten und bisheriger Forschung aufbauen. Dies hängt mit dem Umstand zusammen, dass der Fragekatalog zu Ansichten über Massnahmen zur inneren Sicherheit der Schweiz nur ein Teil einer grösseren Studienanordnung war. Für eine vertiefte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Einstellungen der Bevölkerung zur Extremismus-Bekämpfung würde es eines eigenständigen Forschungsprojektes bedürfen, welches Fragen einer Erhebung gezielt auf diese Thematik ausrichten würde.

Ausblick

Die Bevölkerung in der Schweiz gehört gemäss Happiness-Index zu den glücklichsten weltweit (Helliwell/Layard/Sachs 2018) und hat ein hohes Mass an Vertrauen in die Institutionen der Polizei oder der Gerichte (Staubli 2017; Szvircsev Tresch/Wenger 2019). Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich zudem sicher und blicken dank guter Wirtschaftslage und stabilen politischen Verhältnissen nach wie vor positiv in die Zukunft (Szvircsev Tresch/Wenger 2019). Trotzdem nimmt auch in der Schweiz das Bedürfnis nach Sozialkontrolle und Bekämpfung von Extremismus zu. Wie weit die Massnahmen zur Herstellung von Sicherheit und der Abwehr von extremistischer Bedrohung in die Privatsphäre intervenieren, wird sich im Verlaufe der kommenden Jahre zeigen. Erste Massnahmen wie der Nationale Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus zeigen, dass nach wie vor der religiöse Extremismus bzw. die dschihadistisch motivierte Radikalisierung im Zentrum steht (siehe dazu auch Eser Davolio 2019 in dieser Ausgabe). Hier bleibt zu hoffen, dass in Zukunft auch Formen des Links- und Rechtsextremismus stärker berücksichtigt werden, um mögliche Angriffe und Attentate abzuwehren. Massnahmen zu einer stärkeren Bekämpfung von Links- und Rechtsextremismus geniessen jedenfalls zumindest den Rückhalt in der Bevölkerung. In welcher Art und Weise diese umgesetzt werden sollen, bleibt jedoch offen. Im Rahmen der Entwicklung hin zu einer Sicherheitsgesellschaft lässt sich aber sagen, dass sich ein Trend hin zu mehr Härte und Überwachung abzeichnet, wie die Annahmen der Volksinitiativen zum Nachrichtendienstgesetz oder der Verwahrungsinitiative aufgezeigt haben. Auf politischer Ebene scheint es hingegen einen Kampf um die Deutungshoheit zu geben, was die Frage nach einem restriktiveren Strafsystem betrifft. Dies hat sich im Zuge

der Revisionen des allgemeinen Teils des Strafrechts gezeigt.¹³ Inwiefern sich in Zukunft Vorstellungen der Schuldfrage weiter individualisieren und somit das wohlfahrtstaatliche Strafen weiter zurückdrängen, bleibt abzuwarten.

Danksagung

Die Autorin bedankt sich bei den externen Gutachterinnen und Gutachtern und den Redaktorinnen und Redaktoren des Journals sozialpolitik.ch für die wertvollen Hinweise und Kommentare.

Deklaration von Interessenkonflikten

Die Autorin deklariert keine Interessenkonflikte in Bezug auf Forschung, Autorinnenschaft und Publikation des Artikels.

Finanzierung

Die Autorin hat keine finanzielle Unterstützung für die Forschung, die Autorinnenschaft und die Publikation dieses Artikels erhalten.

Literatur

Adorno, Theodor W., Else Frenkel-Brunswik, Daniel Levinson und Nevitt Sanford (1950). *The Authoritarian Personality*. New York: Harper & Row.

Baechtold, Andrea, Jonas Weber und Ueli Hostettler (2016). *Strafvollzug: Straf- und Massnahmenvollzug an Erwachsenen in der Schweiz*. Bern: Stämpfli.

Beck, Ulrich (1986). *Risikogesellschaft: auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Boers, Klaus (1991). *Kriminalitätsfurcht: über den Entstehungszusammenhang und die Folgen eines sozialen Problems*. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft.

Bötticher, Astrid (2017). Towards academic consensus definitions of radicalism and extremism. *Perspectives on Terrorism* 11(4), 73-77.

¹³ Während liberale Kräfte dem Freiheitsentzug kritisch gegenüberstehen, kämpfen konservative Kreise gegen andere Formen wie die Geldstrafe. Mit der Inkraftsetzung der Revision 2007 setzten sich die liberalen Kräfte durch, was sich u.a. in der Abschaffung der kurzen Freiheitsstrafen unter sechs Monaten und deren Ersetzung durch Geldstrafen gezeigt hat. Die Kritik an dieser Revision seitens konservativer Kräfte fiel heftig aus, was zu einer überstürzten Re-Revision und der erneuten Einführung kurzer Freiheitsstrafen führte. Neuere Analysen zeigen jedoch, dass sich die Geldstrafe auch nach der Inkraftsetzung der Re-Revision im Januar 2018 durchgesetzt hat (Fink/Staubli 2019).

- Bötticher, Astrid und Miroslav Mareš (2012). *Extremismus: Theorien – Konzepte – Formen*. München: Oldenburg Verlag.
- Chirumbolo, Antonio (2002). The relationship between need for cognitive closure and political orientation: The mediating role of authoritarianism. *Personality and Individual Differences* 32, 603-610.
- Defert, Daniel und Francois Ewald (Hg.) (2003). *Michel Foucault – Schriften in vier Bänden – Dits et Ecrits: Band III, 1976-1979*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Die Zeit (2019). Rechtsextremistischer Terror: Seehofer garantiert Juden nach Anschlag Sicherheit. *Die Zeit*, 10. Oktober 2019. <https://www.zeit.de/news/2019-10/10/bekennervideo-zeigt-waffe-des-angreifers-hatte-aussetzer> (Zugriff am 13.10.2019).
- dpa (2019). Neuseeländer geben mehr als 9000 Waffen zurück. *Neue Zürcher Zeitung*, 06.08.2019. <https://www.nzz.ch/panorama/neuseelaender-geben-mehr-als-9000-waffen-zurueck-ld.1500131> (Zugriff am 07.09.2019).
- DuBow, Fred, Edward McCabe und Gail Kaplan (1979). *Reactions to crime. A critical review of the literature. Executive summary*. Washington, D.C.: U.S. Department of Justice, Law Enforcement Assistance Administration, National Institute of Law Enforcement and Criminal Justice.
- Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) (2016). *Faktenblatt: Beispiele Nachrichtendienstgesetz (NDG)*. 11.11.2016. Bern: VBS.
- Eisch-Angus, Katharina (2019). *Absurde Angst – Narrationen der Sicherheitsgesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS.
- Eser Davolio, Miryam (2019). Backgrounds of Jihadist Radicalisation in Switzerland and Measures for Prevention and Intervention. *Sozialpolitik.ch* 2/2019, Article 2.2.
- Farrall, Stephen, Jon Bannister, Jason Ditton und Elisabeth Gilchrist (1997). Questioning the measurement of the 'fear of crime'. Findings from a major methodological study. *British Journal of Criminology* 37(4), 658-679.
- Ferraro, Kenneth F. (1995). *Fear of crime: Interpreting victimization risk*. Albany, N.Y.: State University of New York Press.
- Ferraro, Kenneth F. und Randy L. Grange (1987). The Measurement of fear of crime. *Sociological Inquiry* 57(1), 70-101.
- Field, Andy (2009). *Discovering statistics using SPSS*. Los Angeles: SAGE.
- Fink, Daniel und Silvia Staubli (2019). Tiefe Rückfallraten nach Geldstrafe. *Plädoyer* 05/2019, 36-38.
- Foucault, Michel (1976). *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Garland, David (2008). *Kultur der Kontrolle – Verbrechensbekämpfung und soziale Ordnung in der Gegenwart*. Frankfurt am Main: Campus.
- Garland, David (2016). Kultur der Kontrolle – Verbrechensbekämpfung und soziale Ordnung in der Gegenwart. In: Daniela Klimke und Aldo Legnaro (Hrsg.). *Kriminologische Grundlagentexte*. Wiesbaden: VS Verlag, 353-376.
- Gerber, Monica M. und Jonathan Jackson (2016). Authority and punishment: On the ideological basis of punitive attitudes towards criminals. *Psychiatry, Psychology and Law* 23(1), 113-134.

- Gerny, Daniel (2016). Das Nachrichtendienstgesetz auf einen Blick. *Neue Zürcher Zeitung*, 18.08.2016. <https://www.nzz.ch/schweiz/abstimmung-vom-25-september-das-nachrichtendienstgesetz-auf-einen-blick-ld.111204> (Zugriff am 07.09.2019).
- Gray, Emily, Jonathan Jackson und Stephen Farrall (2008). Reassessing the fear of crime. *European Journal of Criminology* 5(3), 363-380.
- Groenemeyer, Axel (2010). Wege der Sicherheitsgesellschaft – Transformationen der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten. In: Groenemeyer, Axel (Hg.). *Wege der Sicherheitsgesellschaft. Gesellschaftliche Transformationen der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten*. Wiesbaden: VS Verlag, 9-19.
- Groenemeyer, Axel (2008). Institutionen der Normativität. In: Groenemeyer, Axel und Silvia Wieseler (2008). *Soziologie sozialer Probleme und Kontrolle*. Wiesbaden: VS Verlag, 70-97.
- Helliwell, John F., Richard Layard und Jeffrey D. Sachs (2018). *World happiness report*. New York: Sustainable Development Solutions Network.
- Hirtenlehner, Helmut und Stephen Farrall (2013). Anxieties about modernization, concerns about community, and fear of crime: Testing two related models. *International Criminal Justice Review* 23, 5-24.
- Hough, Mike, Jonathan Jackson, Ben Bradford, Andy Myhill and Paul Quinton (2010). Procedural Justice, Trust, and Institutional Legitimacy. *Policing* 4(3), 203-210.
- Humanrights.ch (2017). Das neue Nachrichtendienstgesetz – eine Auslegung. 25.09.2017. <https://www.humanrights.ch/de/menschenrechte-schweiz/inneres/person/sicherheit/schweizer-nachrichtendienstgesetz> (Zugriff am 07.09.2019).
- Jesse, Eckhard (2001). Politischer Extremismus heute: Islamistischer Fundamentalismus, Rechts- und Linksextremismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 46, 3-5.
- Jost, John T., Jack Glaser, Arie W. Kruglanski und Frank J. Sulloway (2003). Political conservatism as motivated social cognition. *Psychological Bulletin* 129(3), 339-375.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2002). *Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen*. Opladen: Leske und Budrich.
- Kegel, Stefan (2019). Politische Gewalt: Linksextreme werden unterschätzt. *SWP.de*, 14.01.2019. <https://www.swp.de/politik/inland/linksextreme-werden-unterschaetzt-29022173.html> (Zugriff am 03.10.2019)
- Kunz, Karl-Ludwig und Tobias Singelstein (2016). *Kriminologie*. Bern: Haupt Verlag.
- Kury, Helmut, Andrea Lichtblau, André Neumaier und Joachim Obergfell-Fuchs (2005). Kriminalitätsfurcht. Zu den Problemen ihrer Erfassung. *Schweizerische Zeitschrift für Kriminologie* 4(1), 3-19.
- Legnaro, Aldo (1997). Konturen der Sicherheitsgesellschaft. Eine polemisch-futurologische Skizze. *Leviathan* 25(2), 271-284.
- Manzoni, Patrik, Dirk Baier, Sandrine Haymoz, Anna Isenhardt, Maria Kamenowski und Cédric Jacot (2018). *Verbreitung extremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen unter Jugendlichen in der Schweiz*. Zürich: Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften.

- Moldenhauer, Benjamin (2019). "Aspekte des neuen Rechtsradikalismus": Was Adorno 1967 schon über die Neue Rechte wusste. *Spiegel online*, 6.8.2019. <https://www.spiegel.de/kultur/literatur/aspekte-des-neuen-rechtsradikalismus-von-theodor-w-adorno-a-1280586.html> (Zugriff am 07.09.2019).
- Nachrichtendienst des Bundes (NDB) (2019). *Sicherheit Schweiz 2019. Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes*. Bern: NDB.
- Nachrichtendienst des Bundes (NDB) (2018). *Sicherheit Schweiz 2018. Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes*. Bern: NDB.
- Nachrichtendienst des Bundes (NDB) (2017). *Sicherheit Schweiz 2017. Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes*. Bern: NDB.
- Nachrichtendienst des Bundes (NDB) (2016). *Sicherheit Schweiz 2016. Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes*. Bern: NDB.
- Pfahl-Traugber, Armin (2014). *Linksextremismus in Deutschland: Eine kritische Bestandsaufnahme*. Wiesbaden: Springer.
- Rausa, Fabienne (2019). Vielfalt der Minderheiten. In: Rausa, Fabienne (Hg.). *Vielfalt und Sicherheit*. Demos 1/19. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik BFS, 13-17.
- Reuband, Karl-Heinz und Parviz Rastampour (1999). Wie reliabel sind Fragen zur Kriminalität und Kriminalitätsfurcht? Ergebnisse einer Test-Retest-Studie. *Soziale Probleme* 10(2), 166-178.
- Roiser, Martin und Carla Willig (2002). The strange death of the authoritarian personality: 50 years of psychological and political debate. *History of the Human Sciences* 15(4), 71-96.
- Schlepper, Christina (2017). Die Renaissance des repressiven Strafrechts. *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 34(1/2), 165-182.
- Sides, John und Kimberly Gross (2013). Stereotypes of Muslims and support for the war on terror. *The Journal of Politics* 75(3), 583-598.
- Singelstein, Tobias und Peer Stolle (2012). *Die Sicherheitsgesellschaft – Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Stahel, Albert (1993). Switzerland: Terrorism and its control. In: Schmid, Axel P. und Ronald D. Crelinsten (Hg.). *Western responses to terrorism*. London: Frank Cas, 206-209.
- Staubli, Silvia (2017). *Trusting the police: Comparisons across eastern and western Europe*. Bielefeld: transcript.
- Staubli, Silvia (o.J.). *Public opinion on terrorism*. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Staubli, Silvia, Michael Nollert und Monica Budowski (2019). Editorial Extremismus. *sozialpolitik.ch* 2/2019, Article 2.1.
- Steinvorth, David (2019). Die Gefahr des Rechtsterrorismus wird unterschätzt. *Neue Zürcher Zeitung*, 15.3.2019. <https://www.nzz.ch/international/christchurch-gefahr-des-rechtsterrorismus-wird-unterschaetzt-ld.1467434> (Zugriff am 07.09.2019).
- Szvircev Tresch, Tibor und Andreas Wenger (2019). *Sicherheit 2019: Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich: Center for Security Studies und Militärakademie an der ETH Zürich.

- Szvircev Tresch, Tibor und Andreas Wenger (2016). *Sicherheit 2016: Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich: Center for Security Studies und Militärakademie an der ETH Zürich.
- Szvircev Tresch, Tibor und Andreas Wenger (2015). *Sicherheit 2015: Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich: Center for Security Studies und Militärakademie an der ETH Zürich.
- Tilly, Charles (2004). Terror, terrorism, terrorists. Theories of terrorism: A symposium. *Sociological Theory* 22(1), 5-13.
- Trechsel, Stefan (1998). *Schweizerisches Strafrecht Allgemeiner Teil I. Allgemeine Voraussetzungen der Strafbarkeit*. Zürich: Schulthess Polygraphischer Verlag.
- Tyler, Tom R. und Yuen J. Huo (2002). *Trust in the law: Encouraging public cooperation with the police and courts*. New York: Russell Sage Foundation.
- Udris, Linards (2011). *Politischer Extremismus und Radikalismus: Problematisierung und diskursive Gelegenheitsstrukturen in der öffentlichen Kommunikation der Deutschschweiz*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Unnever, James D. und Francis D. Cullen (2010). Racial-ethnic intolerance and support for capital punishment: A cross-national comparison. *Criminology* 48(3), 831-864.
- Villiger, Carole (2013). Political violence: Switzerland, a special case? *Terrorism and Political Violence* 25, 672-687.
- von Trotha, Trutz (2010). Vom Wandel des Gewaltmonopols oder der Aufstieg der präventiven Sicherheitsordnung. *Kriminologisches Journal* 42(3), 218-234.
- von Trotha, Trutz (2003). Die präventive Sicherheitsordnung. In: Werner Ruf (Hg.). *Politische Ökonomie der Gewalt. Staatszerfall und die Privatisierung von Gewalt und Krieg*. Serie Friedens- und Konfliktforschung, Band 7. Wiesbaden: Springer, 51-75.
- von Trotha, Trutz (2002). Über die Zukunft der Gewalt. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 85, 349-368.
- Wacquant, Loïc (2009). *Bestrafen der Armen – Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit*. Opladen und Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.
- Williamson, Harley Mae (2019). Pride and prejudice: Exploring how identity processes shape public attitudes towards Australian counter-terrorism measures. *Australian and New Zealand Journal of Criminology*, online first, 1-20.
- Wurst, Joachim (2016). Theodor W. Adorno et al.: The Authoritarian Personality. In: Samuel Salzborn (Hg.). *Klassiker der Sozialwissenschaften*. Wiesbaden: Springer, 183-186.